

Leuchtende Zeichen des Gedenkens

Zentrale Feier für die Opfer der Neonazi-Mordserie – Schweigen, wo für Trauer und Leid die Worte fehlen

Die Gedenkfeier für die Opfer der Neonazi-Morde versammelt Staatsspitze, Repräsentanten der Gesellschaft und Angehörige zu einer würdevollen Demonstration für Toleranz und gegen Fremdenfeindlichkeit.

GUNTHER HARTWIG

Wie kann das sein? Da steht Ismail Yozgat auf der Bühne des dunkelkuppelten Festsaals im Berliner Konzerthaus, vor ihm sitzen die höchsten Repräsentanten dieses Staates, die Spitzen der Verfassungsorgane, die in ihrem Amtseid geschworen haben, Schaden vom deutschen Volk zu wenden, aber sie haben nicht verhindern können, dass Halit Yozgat am 6. April 2006 in seinem Internetcafé von Neonazis erschossen wurde. Und jetzt spricht der Vater aus Kassel, in dessen Armen der Sohn starb, von „unserer Bundeskanzlerin“, er bedankt sich „von ganzem Herzen“ beim ausgeschiedenen Bundespräsidenten Christian Wulff für diese Gedenkveranstaltung, und nicht der geringste Hauch von Zorn oder gar Rachegefühl kommt über seine Lippen.

Wie kann das sein? Ans Mikrophon tritt auch Semiya Simsek, die am 9. September 2000 ihren Papa verlor, Enver Simsek, der seiner kleinen Tochter abends von den Schächchen erzählte, die kommen, um des Nachts auf sie aufzupassen. Elf qualvolle Jahre lang musste die Familie des Rechtsterroristen ermordeten Blumenhändlers aus Nürnberg mit dem bösen Verdacht leben, der Ehemann und Vater sei womöglich Opfer einer kriminellen Verstrickung geworden – ein haltloser Vorwurf von Anfang an. Und nun sagt Semiya Simsek mit fester Stimme und offenem Blick: „Bin ich in diesem Land noch zu Hause, soll ich gehen? Nein, das kann keine Lösung sein. Wir alle zusammen – nur das kann die Lösung sein!“

Es hat sich bis zu diesem bewegendem Auftritt der Angehörigen keine Hand zum Beifall geregt, nicht nach der Rede der Bundeskanzlerin, nicht nach den Gedichten, vorgetragen von den Schauspielern Iris Berben und Erol Sander, nicht nach John Lennons unter die Haut gehender Friedenshymne „Imagine“, gesungen von Sharon Phillips.

Dann aber setzt Applaus ein für die Hinterbliebenen, deren Worte gleichermaßen befreiend wie beschämend wirken. Es ist der anrührende Schlussakkord einer ersten und würdevollen Gedenkstunde, in der zwölf Kerzen entzündet werden



Bundeskanzlerin Angela Merkel geht während der Gedenkfeier an den Kerzen vorbei, die an die Opfer der Neonazi-Mordserie erinnern. Foto: dpa

– zehn für die namentlich benannten Toten, eine für alle anderen Opfer rechter Gewalt, eine als leuchtendes Zeichen der Hoffnung im Schatten furchtbarer Verbrechen.

Es geht an diesem Tag um sehr viel, das lässt schon das Aufgebot an Prominenten unter den 1200 Teilnehmern erahnen. Außer der politischen Klasse erweisen führende Religionsvertreter und zahlreiche Diplomaten den Verstorbenen und deren Anverwandten die Ehre, der künftige Bundespräsident Joachim Gauck ebenso wie Fußball-Bundestrainer Joachim Löw und der türkische Botschafter Hüseyin Avni Karslioglu, der als Arztsohn seine Kinderzeit in Donaueschingen erlebte.

Sie alle lassen sich in die Pflicht dafür nehmen, künftig mit ganzer Kraft zu verhindern, „dass das auch anderen Familien passiert“, wie Semiya Simsek sagt, und sie bekennen sich damit kollektiv zu „einem

Land, in dem sich jeder frei entfalten kann, unabhängig von Nationalität, Migrationshintergrund, Hautfarbe, Religion, Behinderung, Geschlecht oder sexueller Orientierung“. Die Worte der jungen Frau hallen nach, es ist mucksmäuschenstill im Saal.

Auch Ismail Yozgat schlägt seine Zuhörer in den Bann, er will „seelischen Beistand“ und verzichtet auf „materielle Entschädigung“. Drei Wünsche hat er: Dass die Mörder seines Sohnes und deren Helfershelfer gefasst und verurteilt werden, dass die Straße, auf der Halit Yozgat geboren und umgebracht wurde, nach ihm benannt wird, und dass im Andenken an die zehn Mordopfer der Zwickauer Terrorzelle eine Stiftung für Krebskranke ins Leben gerufen wird. Dann tritt Ismail Yozgat von der Bühne, die Dolmetscherin übersetzt seinen letzten Satz: „Ich möchte mich herzlich bedanken für die Gedenkveranstal-

tung und möchte Sie herzlich und mit höchster Anerkennung grüßen.“ Still drückt die Bundeskanzlerin dem neben ihr sitzenden Mann die Hand.

Angela Merkel selbst hat zuvor die wohl einfühlsamste Rede in ihrer politischen Laufbahn gehalten. Mag sich die CDU-Vorsitzende das Recht dieser so bedeutungsvollen

„Leben wie ein Baum“

Die Rede von Gamze Kubasik, Tochter eines der Opfer im Wortlaut. Unmittelbar vor ihr hatte Semiya Simsek, ebenfalls Tochter eines Opfers, ihre Ansprache mit dem Satz beendet: „Wir alle gemeinsam zusammen, nur das kann die Lösung sein.“ Gamze Kubasik bezieht sich in ihrer Rede darauf:



Gamze Kubasik. Foto: dpa

ein Gedicht geschrieben. Es drückte aus, wie wir alle empfinden und wie wir gemeinsam leben wollen. Nazim Hikmet benutzte das Bild des Waldes und der

Bäume. So wollen wir auch leben, auf der Suche nach Einheit in der Vielfalt. Zum Abschluss dieser Gedenkfeier werden wir die Kerze der Hoffnung hinaustragen. Sie steht für die Hoffnung auf eine Zukunft, die von mehr Zusammenhalt geprägt ist.

Das Gedicht heißt „Leben“: Leben wie ein Baum, einzeln und frei und brüderlich wie ein Wald. Das ist unsere Sehnsucht.“ dpa

Kleine Solaranlagen stören die große Politik

Israel will im Westjordanland mit deutscher Hilfe errichtete Sonnenkollektoren und Windräder zerstören lassen

Israelische Behörden wollen im Westjordanland Windkraft- und Solaranlagen zerstören, die mit deutschem Geld errichtet wurden. Das sorgt auf höchster politischer Ebene für Missstimmung.

ELISABETH ZOLL

Wadha An-Najjar genießt die neue Freiheit. Seit ihr Haus an die Stromversorgung angeschlossen ist, muss die Beduinenfrau nicht mehr jeden Tag Schafs- und Ziegenmilch zu Butter und Joghurt verarbeiten. Ein Kühlschrank hält die Lebensmittel frisch. Im palästinensischen Dorf Qawawis im Süden des Westjordanlandes war es bis vor kurzem kaum möglich, dass Kinder nach Sonnenuntergang Hausaufgaben machen oder Familien die langen Winterabende bei Licht verbringen konnten. Die Dieselgeneratoren gaben nicht viel her. Und sie waren teuer.

Elektrizität im Überfluss war ein Gut der Nachbarschaft. Während israelische Siedlungen in unmittelbarer Nähe die Nacht erhellten, blieb es in den palästinensischen Häusern finster. Das änderte sich vor drei Jahren, als Noam Dotan und Elad Orian, zwei jüdische Physiker der Organisation Comet-ME (Community, Energy and Technology in the Middle East), in die Halbwüstenlandschaft südlich von Hebron ka-

men. Mit Unterstützung palästinensischer Ingenieure und mit Spenden von Medico International und einer kräftigen Finanzspritze aus dem deutschen Entwicklungsministerium bauten sie Windräder und Sonnenkollektoren auf. 16 Gemeinden mit rund 1500 Menschen haben heute Strom. Mit insgesamt 600 000 Euro hat Deutschland diese Projekte gefördert. Sie stehen möglicherweise vor dem Aus. Israel droht mit dem Abriss mehrerer Anlagen. In den vergangenen Wochen erließ die israelische Zivilverwaltung für fünf Gemeinden – Haribat, Al-Nabi, Shaab al-Butum, Qawawis und Wadi al-Shesh – eine Baustopp-Verfügung. Sie gilt als erste Stufe in einem Prozess, der mit einem Abriss endet.

Die Buchstaben des Gesetzes sind auf israelischer Seite. Das Dorf Qawawis und die Nachbargemeinden liegen in der Zone C des Westjordanlandes. Dort darf ohne Zustimmung der israelischen Zivil- und Militärverwaltung nicht gebaut werden – keine Schule, kein Brunnen, keine Stromtrasse. Während in die rund 200 jüdische Siedlungen im Westjordanland kräftig investiert wird, verharren palästinensische Dörfer häufig im Dreck. Die Besatzungsmacht Israel erkennt die Dörfer nicht an. Auch nicht die Gemeinde Thaale, die nachweislich seit 1881 existiert und in der auch eine mit deutschem Geld errichtete Solaranlage steht. So fehlt es in palästinensischen Dörfern nicht nur



Die Grundlagen sind gelegt: Ingenieure errichten die Basis für neue Sonnenkollektoren in Dörfern südlich von Hebron. Doch das gefällt nicht jedem. Privatfoto

Das dreigeteilte Westjordanland

Der 1995 zwischen Israel und der Palästinensischen Befreiungsorganisation PLO vereinbarte Friedensvertrag sieht die Aufteilung des Westjordanlandes in drei Zonen vor, die nach und nach unter palästinensische Herrschaft kommen sollten.

Zone A untersteht ganz der palästinensischen Zivil-

und Sicherheitsverwaltung. 18 Prozent des Westjordanlandes fallen in diese Zone.

Zone B (20 Prozent des Gebietes) untersteht zwar der palästinensischen Zivilverwaltung, Israel entscheidet dort jedoch über Sicherheitsfragen. 40 Prozent der palästinensischen Bevölkerung lebt hier.

Zone C: Sie macht mit 62 Prozent den größten Teil des Westjordanlandes aus und untersteht ganz der israelischen Zivil- und Militärverwaltung.

Während israelische Siedler in dieser Region der Zivilgerichtsbarkeit unterstehen, gilt für Palästinenser die Militärgerichtsbarkeit. Eth-

an guten Straßen, Schulen und Gesundheitszentren. Auch Zisternen müssen verrotten, weil die Erlaubnis zur Reparatur fehlt. Nicht einmal für Latrinen stellt die Verwaltung in der Regel Bewilligungen aus, geschweige denn für Sonnenkollektoren oder Windräder.

Offiziell ist in 70 Prozent der C-Gebiete Bautätigkeit jeglicher Art verboten. In der Praxis schaltet die israelische Zivilverwaltung Palästinensern gegenüber seit Jahren ganz auf stur. Und weil deshalb alles dennoch Gebaute illegal ist, kann es jederzeit abgerissen werden.

Das Ziel ist klar: Palästinensischen Familien soll das Leben so erschwert werden, dass sie aufgeben und in den Speckgürtel palästinensischer Städte ziehen. Nach israelischem Recht, das Eigentum an eine permanente Anwesenheit bindet, hätten sie dann ihren Besitz bald verloren. Diese Politik trägt Früchte. Während heute nur noch rund 150 000 Palästinenser in den C-Gebieten des Westjordanlandes leben, haben sich dort über 310 000 Israelis niedergelassen.

„Der drohende Abriss ist Ausdruck einer Politik der gezielten Rückentwicklung“, sagt Tsafir Cohen, Nahost-Experte der Hilfsorganisation Medico International. „Die israelische Administration macht der palästinensischen Bevölkerung das Leben in den C-Gebieten unmöglich. Sie werden in die dichtgedrängten städtischen Enklaven Ramallah oder Hebron verdrängt.“

Ansprache nach dem kurzfristigen Rücktritt des Bundespräsidenten auch auf dem kleinen Dienstweg und ohne Zustimmung der Opposition angeeignet haben, mithin auf eine protokollarisch nicht ganz saubere Weise, so entschädigt sie das Publikum mit einer Rhetorik, die stillsicher zwischen ehrlicher Betroffenheit und beherzter Verantwortung wechselt. Sie lädt zum Schweigen ein, wo ihr für Trauer und Leid die Worte fehlen, sie ruft zum mutigen Widerstand gegen Neonazis und rechte Kameradschaften auf, wo Schweigen und Wegsehen Kapitulation bedeuteten.

Angela Merkel erinnert an jedes einzelne Opfer, auch an Michele Kiesewetter, die junge Polizistin, die am 25. April 2007 auf Streifenendienst

Merkel: Wegsehen bedeutet Kapitulation

in Heilbronn kaltblütig mit Pistolen-schüssen in den Kopf getötet wird. Die Mordserie der rechten Terrorgruppe macht sprachlos, sagt die Kanzlerin: „Wie konnte das geschehen?“ Und liefert den Versuch einer Erklärung: „Wir verdrängen, was mitten unter uns geschieht. Gleichgültigkeit hat eine schlechtere, aber verheerendere Wirkung.“ Die 80 Angehörigen, die vor ihr sitzen, bittet Angela Merkel um Verzeihung. Und verspricht, sie in ihrer Trauer nicht allein zu lassen – „und alles zu tun, damit sich so etwas nie wiederholen kann“.

Aufgewühlt berichtet die Kanzlerin von jenem Bekennervideo der Rechtsterroristen, „etwas Menschenverachtenderes, Perfideres und Infameres“ ist ihr bisher nicht unter die Augen gekommen. „Das ist ein Anschlag auf unser Land, eine Schande für unser Land“, gesteht Angela Merkel. Ein Satz, der wehtut, aber unabweisbar ist. Die Politik steht zu ihrer Verantwortung, sie weicht der schmerzlichen Erkenntnis nicht aus.

Schließlich weist Angela Merkel auf die „Kerze der Hoffnung“ hin, die zwölfte in der Reihe, die auf der Bühne aufgebaut sind, hereingetragen von Berliner Schülern. Es gibt, neben allen schrecklichen Beweisen von Intoleranz, Fremdenhass und Gewalt eben auch „ermutigende Zeichen im Kampf gegen Vorurteile, Verachtung und Ausgrenzung“, wie jüngst in Dresden, als viele tausend Menschen eine Kette gegen Rechts bildeten. „Deutschland“, sagt die Bundeskanzlerin, „das sind wir alle. Wir alle prägen das Gesicht dieses Landes.“